



Nr. 602. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 23. December 1880.

Wer macht aus dem Steuererlaß ein Wahlmanöver?

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Die Feiertage sollen nunmehr dazu benutzt werden, den Steuererlaß, der dem preußischen Volke für das nächste Wahljahr zugedacht war, und der durch die Steigerung der Matricularbeiträge ein ganz sonderbares Aussehen bekommen hatte, durch Verhandlungen zwischen den conservativen Parteien und dem Reichskanzler in das richtige Geleis zu bringen, so daß er als dauerndes Neujahrspräfekt in das Haus des sorgenvollen in die Zukunft blickenden Steuerzahlers eingesfahren werden kann. Ob die Verhandlungen indirect durch Herrn Bitter, oder, was wahrscheinlicher ist, direct in Friedrichshütte mit dem immer noch lebenden Reichskanzler geführt werden, mag gleichgültig für den Erfolg sein. Schon jetzt ist der Regierung klar geworden, daß sich der bloß für das Wahljahr beabsichtigte Klassensteuer-Erlaß, den der lezte Finanzminister des Reichskanzlers, Herr Hobrecht, als Abgeordneter einer Wahlreclame nannte, bei der gegenwärtig verwirrten Finanzlage keinesfalls rechtfertigen läßt, und daß somit die böse Fortschrittspartei mit ihrem Gedanken, es sei weit eher als zeitweiliger Steuererlaß eine durch die vielen indirekten Steuern veranlaßte Reform des Klassen- und Einkommensteuergesetzes und damit ein dauernder Erlaß an direkten Steuern, trotz des gegenwärtigen Mangels an Überschüssen, zu rechtfertigen, wieder einmal Recht behalten soll. Schon jetzt kündigt die vom Ministerium des Innern rücksichtende „Provinzial-Correspondenz“ an, daß die edlen Conservativen, „von dem Wunsche bestellt, die Frage des Steuererlasses in einer dem wirklichen Wohl und Interesse des Volkes entsprechenden Weise zu lösen“, die Verhandlungen angeknüpft haben, die möglichen Fällen „die dauernde Bewilligung wenigstens eines Theils des Erlasses herbeizuführen geignet erscheinen.“ Diese arge Verlausfung, wonach nur die Möglichkeit zugegeben wird, daß die Verhandlungen geeignet erscheinen, nicht einmal daß sie geeignet sind, Erfolg zu haben — beweist zur Genüge, daß der Reichskanzler sein letztes Wort noch nicht gesprochen hat, daß der bedrangte Finanzminister Bitter immer noch fürchtet, der Reichskanzler könne, wie schon so oft, durch neue Ideen seines „praktischen“ Verstandes alle weisen Räthe der „Theoretiker“ über den Haufen werfen. Jedenfalls ist dargethan, daß die Conservativen das wahre Wohl des Volkes im Auge haben. Den Gegensatz dazu bildet natürlich die Fortschrittspartei, von welcher in dem vorausgehenden Saße der „Prov.-Corr.“ geradezu ausgesprochen wird, daß ihrem Antrage auf dauernden Erlaß „eine ernste Absicht nicht zu Grunde“ liegt, daß sie vielmehr „dem Steuererlaß absolut entgegen ist“. Das wird nun als Regierungsausspruch in Hunderten tausenden Exemplaren mit den Kreisblättern in jedes Dorf hineinposaunt. Wenn der Finanzminister, oder einer seiner Räthe dergleichen im Abgeordnetenhaus behauptet, so muß ihn der Präsident, auch wenn er für die Regierung schwärmen und den Fortschritt hassen sollte, zur Ordnung rufen, da es gegen jede parlamentarische Ordnung verstößt, Abgeordneten falsche Motive, die mit den von ihnen ausgesprochenen im Widerspruch sind. Dass man während des Landtags sich dergleichen in der „Provinzial-Correspondenz“ erlaubt, beweist nur, wie sehr man eine Partei fürchtet, die mit ihrer absäßigen Kritik der in den letzten Jahren eingeschlagenen Finanzpolitik leider nur zu sehr Recht behielt, und von der Federmann in Deutschland weiß, daß sie alle neuen Steuern, die der Reichstag bewilligen soll, von vornherein ablehnt. Uebrigens macht die „Provinzial-Correspondenz“ nach dem Vorlauff des Artikels die Vermuthung wahrscheinlich, daß die 14 Millionen ein maligen Steuererlasses in 7 oder 8 Millionen dauernden

Erlasses zusammenschrumpfen sollen; einer solchen hellwissen Zurücknahme der beabsichtigten Wohlthat steht freilich der fortschrittliche Antrag mit 14 Millionen dauernden Erlasses unangenehm im Wege. Deshalb soll den Wählern eingeredet werden, die Fortschrittspartei wolle das Gegenteil von dem, was ihre Redner und ihr Antrag im Abgeordnetenhaus aussprachen.

Der Bundesrat und der Reichshaushalt-Estat.

Berlin, 22. December.

— Im Bundesrat ist die Hauptarbeit bezüglich des Estats bereits gethan und es hat die ganze Reihe der Spezialrats, welche bereits durchberathen sind, kaum nennenswerthe Abänderungen erfahren. Der Militär-Estat, der Estat der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern, die Vertheilung der Matricularbeiträge und das Staatsgesetz barren noch der Erledigung. Die Bundesratsarbeiten werden in gewohnter Weise bald nach Neujahr wieder aufgenommen und es bleibt dann noch mehr als hinreichende Zeit, um den Estat fertig zu stellen und dem Reichstage bei seinem Zusammentritt vollständigt unterbreiten zu können. Die Vertheilung der Matricular-Beiträge und ihre abermals beträchtlich gestiegerte Erhöhung hatten natürlich nicht versieht, bei den verschiedenen Regierungen, namentlich jener Kleinstaaten, von denen seit Jahren auf eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches hingearbeitet wird, diese Verstimmung herborgerufen; die Präsidialregierung stützt sich auf dies Moment für eine wirksame Durchsetzung ihrer Steuervorprojekte. Im Bundesrat ist auch bezüglich der Reichsstempelabgaben und der Brau-Steuer ein Widerspruch irgend welcher Art nicht zu erwarten. Bemerkenswert ist, daß man mit der Wehrsteuer nicht so schnell vorgeht, es läßt dies den Schluss zu, daß dagegen immer noch Bedenken auftauchen, denn an dem Willen, auch mit dem Entwurf in gleicher Weise wie mit Stempelsteuer und Brau-Steuer zu verfahren, fehlt es nicht.

Deutschland.

Berlin, 22. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landstallmeister, Oberst-Lieutenant a. D. von Koze zu Birk den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem General-Superintendenten Dr. theol. Göschken zu Harburg den Roten Adler-Orden zweiter Klasse; dem Amtsgerichts-Rath a. D. Cohen zu Lüdern den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem pensionirten Gerichtsdienner und Gefangenenvorwärter Westphal zu Göttingen das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Sägemüller Neuendorff zu Palm im Kreise Daun die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Geheimen Registratur in der Admiraltät, Paschowski, den Charakter als Canzlei-Rath, und den Geheimen expeditionären Secretairen Harnisch, Lorenz und Lange den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Dem Geheimen Canzlei-Secretair in der Admiraltät, Bouride, ist der Titel Geheimer Canzlei-Inspector verliehen worden. — Der bisherige kommissarische Kreisschulinspector Barter Wilhelm Boster in Lennep ist zum Kreisschulinspector ernannt worden.

Berlin, 22. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute den General-Major von Loß, Commandeur der 37 Infanterie-Brigade, und hörte den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmowitz.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und empfing den General der Infanterie a. D. von Beyer. — Nachmittags folgten Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hohheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin einer Einladung des Prinzen August von Württemberg zum Diner.

= Berlin, 22. Decbr. [Das Verwendungsgesetz.] In

sollte irgend ein Unglück ihm zustoßen, so weint die ganze Familie wochenlang; die Eltern und Geschwister sind trostlos, sie scherzen und lachen nicht mehr, ihre Trauer ist so groß, wie jene der am Sarge eines Blutverwandten versammelten Familienmitglieder. Wenn die Vorlesung einen geliebten Sohn oder eine liebliche Tochter abruft, so bleiben den Betrübten noch viele andere Kinder zur Freude und auch oft zum Herzleid; aber diese guten Leute besaßen ja nur das einzige (verschüchte) Ferkel!

Mit seltener Ausnahme ist jeder der kleinen Pächter verpflichtet, mehrere Tage der Woche für den Gutsherrn ohne Lohn zu arbeiten, dafür hat der Arme weniger im Baaren zu zahlen. Leider kommt es in Folge schlechter Ernte, schlechten Wetters, der Krankheit und oft auch der Faulheit und Trunksucht vor, daß, wenn der Zahlungstag da ist, Paddy kein Pachtgeld hat. Was soll er nun anfangen? Es ist am Rande der Verweitung. Niemand borgt ihm, und er weiß, daß sein Herr ein strenger Wirth ist. Es rasoniert unaufhörlich über den lieben Herrgott, welcher so viel anhaltenden Regen schickte, daß die Kartoffeln in der Erde verfaulten, über seine Frau, welche dem Hoffnungsvollen, lieben Ferkel so wenig Futter gab, daß es langsam stark, dann aber sich selber, der so schwach und nachgiebig gewesen, einen neuen Rock zu kaufen, welcher seine ganze Ersparnis verschlang. Aber daran ist eigentlich der Priester schuld; denn seine Hochwürden hatten ihn so ausgescholten und ihm mit schweren Strafen gedroht, wenn er am Sonntag nicht regelmäßig in die Kirche käme, so daß ihm schließlich nichts anderes übrig blieb, als eilig seine Garderothe in Stand zu setzen, um als anständig gekleideter Christ der heiligen Messe am Sonntag beizuhören zu können.

Nur heute am Quartalstage fehlt Paddy sein Pachtzins, und wenn er selbst den schönen Friesrod im Leihamt versetze, er würde immer noch nicht das fehlende Geld zusammenbringen.

Es ist trostlos, es hilft nichts, er muß hinüber aufs Schloß laufen, Herr Hume um Nachsicht zu bitten. Mit schwerem Herzen macht er sich auf den Weg; welcher ihn an der Dorfschule vorbereitete. Der Butz will es, daß der Wirth derselben, der so leutselige Tom Jones, eben vor der Thüre steht. Als nun Paddy im Vorübergehen ihm einen guten Morgen bietet, spricht ihn der freundliche Nachbar an und fragt, wohin er gehen wolle. Mit klanger Stimme und unter Fluchen schildert Paddy nun dem Wirth seine trostlose Lage; ja es ist eine schlimme Sache, daß Pachtgeld abermals schuldig bleiben zu müssen! Um Paddy zu dem schweren Gang zum Gutsherrn Mut zu machen, nötigt ihn der mitfühlende Tom ins Haus hinein und mit vielen guten Worten scheut er ihm ein volles Glas Branntwein ein. „Ach, das ist bei meiner armen Seele ein Läbel!“, meint Paddy, als er das leere Glas auf den Tisch setzt. In demselben Augenblick tritt der Dorfschneider zufällig in die Schenke. Sobald Paddy ihn erblickt, läuft er auf ihn zu, schüttelt ihm die Hand und zieht ihn an

der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, u. A. das Gesetz über Verwendung der Reichssteuern festgestellt worden sein, dessen Einbringung bei dem Abgeordnetenhaus unmittelbar, wie es heißt sogar schon morgen bevorsteht. In diesem Falle würde der Entwurf den Abgeordneten in die Heimat nachgesandt und auf die Tagesordnung einer der ersten Sitzungen nach den Ferien gesetzt werden können. Man hat wegen dieser Vorlage am Meisten besorgt, daß man zu einer Nachsitzung genehmigt sein möchte. Der Umstand, daß man die Einbringung beschleunigt hat, beweist am besten, wie sehr die Regierung bereit ist, ihrerseits Alles aufzubieten, um der unliebsamen Eventualität einer Nachsitzung aus dem Wege zu gehen.

○ Berlin, 22. December. [Landes-Oekonomie-Collegium. — Volkswirtschaftsrath.] Das Landesökonomie-Collegium ist durch den Minister der Landwirtschaft für den 13. Januar k. J. zu einer Sitzung berufen worden. Die Dauer derselben wird auf drei Tage berechnet. — Nachdem die Wahlen zum Volkswirtschaftsrath in den betreffenden Corporationen fast überall schon stattgefunden haben, wird in der nächsten Zeit die Ernenntung der durch die Krone zu berufenden Mitglieder erfolgen. Die Einberufung des Volkswirtschaftsraths dürfte gegen Mitte Januar erfolgen.

[Minister Graf zu Stolberg-Wernigerode] ist nach Wernigerode abgereist.

[Der erneute Lockruf der Regierung an die Nationalliberalen.] Der bereits im telegraphischen Auszug gebrachte Artikel der „Prov.-Corresp.“, welcher sich „die letzten Wahlen“ betitelt, hat folgenden Wortlaut:

„In mehreren Reichsmahlkreisen haben in letzter Zeit Nachwahlen stattgefunden, durch deren Ergebnis einige bisher der nationalliberalen und freiconservativen Partei angehörige Sitze in die Hände der Fortschrittspartei übergegangen sind. Den Wahlen in Württemberg, Hessen-Nassau und Lippe folgte neuerdings ein fortschrittlicher Wahlsieg in Sachsen-Altenburg, der bei Weitem das meiste Aufsehen gemacht hat und in der That auch eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Der bisherige Vertreter dieses Wahlkreises gehörte zwar zur freiconservativen Partei, stand aber den Nationalliberalen ziemlich nahe, und bei der Wahl selbst unterlag der von national-liberaler Seite aufgestellte Kandidat den vereinigten Anstrengungen der „Secessionisten“, der Fortschritts- und Volkspartei und den Socialdemokraten. Es gelang, denselben durch eine in den Mitteln nicht sehr wählberichtige Aktion, den Sinn und Zweck der neuen Wirtschaftspolitik in den Augen eines großen Theiles der Wähler zu verdunkeln und so dieselben zu einer Wahl zu bewegen, welche als eine direkt gegen jene Politik gerichtete Kundgebung zu betrachten sein dürfte. Man wird vor dieser Thatstunde die Augen nicht verschließen können: der Erfolg jener vereinigten Elemente ist keineswegs so leicht zu nehmen, wie das vielleicht geschieht; die Altenburger Wahl sollte den nationalliberalen, wie den conservativen Parteien und nicht minder der Regierung eine ernste und dringliche Mahnung sein, dem weiteren Einfluß einer eben so rücksichtslosen Partei mit der Thatkraft entschlossenen und wilsamen Handelns entgegenzutreten. Gewiß wird man sich freilich durch den Ausgang der Altenburger Wahl nicht entmutigen, sich nicht imponieren lassen dürfen, schon deshalb nicht, weil die Führer der vereinigten Gegnerschaft für diese Einzelwahl ihre ganze Kraft aufwenden konnten und offenbar ausgewandert haben, während dieselbe sich bei allgemeinen Wahlen auf vierhunderter Wahlkreise zerstreut. Natürlich die Fortschrittspartei hat die Altenburger Wahl offenbar zu einer besonderen Kraftprobe ausgewählt und auf sie allen ihren Einfluß, alle ihre Mittel verwendet. Welche Bedeutung aber auch die bisherigen Nachwahlen sonst haben mögen, so liefern sie doch in jedem Falle den vollaufgültigen Beweis für die Nichtigkeit dessen, was an dieser Stelle wiederholt wurde, daß nämlich die liberale Bewegung, welche in der Erneuerung der neuen liberalen Gruppe von den Nationalliberalen einen bestimmten Ausdruck erhalten hat, keiner anderen Partei so zum Vortheil gereicht, als der Fortschrittspartei. In einem Wahlkampf der vereinigten Parteien in Altenburg wird das Bündnis, welches die Secessionisten dienen und verschaffen sind, in offenen Worten dadurch bestätigt, daß sich „entschieden“

den Schenklich, wo er ihm auch ein Glas Branntwein geben läßt. — Es fiel nämlich Paddy ein, daß er dem Schneider für das Anfertigen seines neuen Rockes noch schuldig sei. — Selbstverständlich sträubt sich der Schneider nicht lange, das ihm so herlich credenzt Glas auf Paddy's Wool zu leeren. Unterwegs vergehen die Stunden, und unter Gespräch und Trinken vergibt der leichtsinnige Paddy, daß er zu seinem Gutsherrn gehen soll. Endlich fällt ihm seine Obliegenheit ein. Mit einer Verwünschung steht er auf, und mit sehr schwankenden Schritten macht er sich auf den Weg nach dem Schloß. Endlich dort angelommen, gesteht er unter vielen Tränen seinem Herrn, daß er ihm wieder kein Pachtgeld bringe.

„Aber nur noch diesmal bitte ich Ew. Gnaden um Nachsicht!“ spricht Paddy, „zum Neujahr bringe ich eine Tasche voll Geld; kein Penny soll rückständig bleiben. Ew. Gnaden können mir glauben, ich schwör es Ihnen bei der hochgepuschten Jungfrau Maria und dem heiligen Josef!“

Neujahr kommt und wie ja so oft, hatte Paddy wieder kein Pachtgeld. — Die heilige Jungfrau hatte ihn im Stich gelassen — und Herr Hume läßt ihn und seine Familie forttreiben.

Es war ein gar betrübender Anblick, die Gruppen von armen Pächtern an einem Zahlungstag im Schloßhof zu sehen, Männer und Frauen waren dabei, und man hörte selten ein Wort der Zufriedenheit von ihnen, deßto mehr Fleische und Verwünschungen. Die Mädeln konnten ihren Pachtzins nicht zu rechtem Zeit zahlen, sogleich saß nach jedem Quartalstage eine Exmission mehrerer Familien statt. — Ich befürchte mich, daß an einem mondernen Abend, im October, als ich in Begleitung von Frau Hume und ihren Töchtern aus einer Gesellschaft zurückkehrte, und wir durch den Bog fuhren, ich zu meiner Überraschung mehrere der armelosen Pächterhütten niedergekommen bin. Die Strohdächer derselben lagen herumgestreut, die vier von Rauch geschwärzten Mauern standen kalt und öde da. Manches Stück Hausgeräth lag im Garten zertrümmert liegen; auch erblickte ich die häusliche Kleine Käthe, den Liebling der armen Kinder, wie sie durch das zerschlagene Fenster hineinschlich, aber vergnügt die Kinder suchte, welche sie gefüttert und gestreichelt und dann im nächsten Augenblick an dem Schwanz herumsoggen hatten. Mein Herz hätte aber vor Weh laut ausschreien mögen, als wir an einer mir wohl bekannten Hütte vorbeikamen. Dieselbe bewohnte eine arme Witwe mit ihren beiden Kindern, einem 12jährigen Knaben und einem kleinen Mädchen von 2 Jahren. Die Mutter war eine kränkliche Frau, welche selten im Stande war, ihr Tagewerk auf dem Gutshof zu verrichten. Ihr Verdienst blieb deswegen sehr gering und sie und ihre Kinder littten oft Noth. Manchmal als seine Mutter lange krank darüberlag, saß ich, wie der kleine Willie einen Topf Suppe aus der herrschaftlichen Küche holte; denn Frau Hume war mildeartig und stets bereit den Kranken nach Kräften beizustehen. So kam es, daß die arme Witwe White in Schulden geriet; schon drei Vierteljahre hatte sie ihr Pachtgeld

liberale Männer aus allen Schattierungen zusammengetan haben. Anhänger der Volkspartei, der Fortschrittspartei und bisherige Parteialliale, welche sich mit Forderungen, Läden und Freiherrn von Stauffenberg von einer Partei loslösen, die die Steuerlast vorwiegend zur Nachteil der ärmeren Klassen verleiht". Dieser Verblödung und Verführung, die sich jetzt die extremsten Elemente zu nützen machen, haben die Secessionisten Vorwurf geleistet und daher sind recht eigentlich sie es, welche an den sozialistischen Wahlerfolgen schuld sind. — Um zu beweisen, daß diese Bewegung im Recht steht, als die wahre liberale und den Interessen des Volkes förderliche ausgesetzt und betrachtet werde und weitere Fortschritte nach Ansicht hin mache, werden dabei vor Allem die Nationalliberalen in ihrem eigenen und in wahren Volksinteresse den Ernst der Lage zu würdigen, und ihre Aufgabe fest ins Auge zu fassen haben. Die Verluste, welche bisher vornehmlich ihre Reihen betroffen haben, sind nicht so sehr ihrer politischen Richtung, als ihrer Unentschlossenheit und Thatenseligkeit zu schreiben. So lange die Nationalliberalen der Regierung seit zur Seite standen und mit ihr durch das Mittel einer praktischen Compromispolitik sich zu verstehen und zu einigen wußten, war ihre Zahl wie ihr Einfluß groß und überragend; in dem Maße, wie sie von der Linie des Verbalismus abwichen, erlitten sie nicht unerhebliche Verluste. Statt einer offenen und mutigen Betonung ihres Standpunktes, seien wir auf ihrer Seite trotzdem das Bemühen, sich den alten Freunden, die sich von ihnen trennen, verbindlich zu machen uns zu nähern. Statt eines entschlossenen und kraftvollen Auftretens in allen großen politischen Fragen, bewegt sich die Partei im Verhältnis ungünstig und in der Reserve, nur hier und da sich zu einer Kürzung entschließt, welche weit ab liegt von den Erfordernissen des politisch-politischen Lebens. Die nationalliberalen Partei wird sich, wenn sie dem weiteren Abbröckelungsprozeß vorbeugen will, vor Allem ihres entwiederten Gegenseitens zu den Secessionisten bewußt werden und zu ihren politischen Grundsätzen entschieden zurückstehen müssen. Vornehmlich wird sie auch in Zukunft der Compromispolitik sich nicht entziehen dürfen: diese Politik erfordert keineswegs ein Aufgeben der liberalen Grundsätze, sondern will dieselben nur unter Berücksichtigung der praktischen Ziele und Bedürfnisse im Staatswesen und unter Beachtung der anderen zur Mitwirkung berufenen Parteien verwirklichen. Die Regierung hat ihrerseits das Zusammenspielen mit verschiedenen und selbstständigen Parteien nie anders verstanden. Aber die erste Bedingung ist, daß die betreffenden Parteien selbst an die Stelle beschaulichen Verhaltens ein thatkräftiges Handeln setzen, um auf jener Grundlage nicht bloß ihre eigene Stellung mit Erfolg gegen den Ansturm von links verteidigen, sondern auch für die weitere geplante und gefundene Entwicklung des Staatslebens sich schwerwiegenden Einfluss geltend machen zu können."

[Dr. Henrici.] Der Redner der Tumultuanten-Versammlung in den Reichshäusern ist vom Amte eines Lehrers an der Victoria-Schule suspendiert und die auf Entzündung abzielende Disciplinar-Untersuchung ist eingeleitet.

[Verboten auf Grund des Socialistengesetzes] wurde das im Verlag und Druck des "Socialdemokrat" bei A. Herter, Industriehalle, Niedersachsen, erschienene Blatt, betitelt "Die Herrschaft der Verbrecher", Separatadvertisse aus der Nr. 44 des "Socialdemokrat".

— ch. Von der sächsischen Grenze, 22. Decbr. [Das Ende eines Religionssifters. — Wollmarkt in Camenz. — Ein Sensationsprozeß. — Prof. Windfuhr.] In Ebersbach in der Oberlausitz ist der Sifte einer Sekte, welche den Beginn des taufendjährigen Reiches in der nächsten Zeit erwartete, der unter dem Namen Strohherren bekannte Kohlenhändler Heinrich tödlich gestorben. Er hat im Grabe aber keine Ruhe gefunden, denn die Staatsanwaltschaft hat seine Leiche behutsam ärztlicher Untersuchung wieder ausgraben lassen. Heinrich soll kurz vor seinem Tode im betrunkenen Zustand mit einem seiner Anhänger in Streit geraten und dabei vom Stuhle mit solcher Gewalt auf die Erde geworfen sein, daß dadurch sein Tod herbeigeführt ist. — Das Ministerium des Innern hat der von der Stadt Camenz beabsichtigten Errichtung eines Wollmarkts seine Zustimmung ertheilt und sich bereit erklärt, auf Antrag den Tag, an welchem der Markt abgehalten werden soll, wie die Termine der Wollmärkte in Dresden, Leipzig und Bautzen, in die alljährlich zu erlassende amtliche Bekanntmachung mit aufzunehmen. — In Leipzig wird demnächst ein Injurienprozeß zwischen einem Kaufmann Alexander und dem bekannten Buchhändler Klaßing in Folge eines vielversprochenen Bientreffe in einer Restaurierung zur Verhandlung kommen. Da Herr Klaßing durch die Behauptung, er habe vom Hofsprecher Stöcker gehört, daß der Kaiser Stöckers Vorgehen gegen die Juden billige, den Gegner gerecht hält, ihn einen Lügner zu nennen, so wird Hofsprecher Stöcker als Zeuge vorgerufen werden. — Prof. Windfuhr hat die Berufung nach Berlin abgelehnt. Die Freude darüber ist auch außerhalb der akademischen Kreise in Leipzig sehr groß, da man ihm die Blüthe der Universität im Wesentlichen zuschreibt. Orationen seitens der Bürgerschaft hat Prof. Windfuhr dank abgelehnt, wird sich aber einem Fadelzuge der Studentenschaft nicht entziehen können.

Deutschland - Ungarn.

= Wien, 21. Decbr. [Zur Vermählung des Kronprinzen. — Die Sprachenzwangsvorordnung. — Die persische Gesandtschaft in Wien. — Eine angebliche Spende.] Der Obmann eines Comites von Industriellen, welche dem Kron-

nicht zahlen können und infolgedessen wurde sie durch den Vogt auf Befehl des Herrn Hume aus ihrem kleinen Besitz getrieben. Jetzt lag die Armut mit den beiden Kindern auf der bloßen Erde in einer kalten Nacht zwischen den Wänden, die einst ihr Haus und Heim bildeten.

Wenige Wochen waren vergangen, als ich einmal unsere Köchin sagen hörte, daß die Witwe White an einem bösen Fieber erkrankt sei. Zuerst als die arme Frau obdachlos wurde, nahm ein barmherziger Nachbar sie und ihre frierenden Kinder in seinem Hause auf; aber als sie von einer ansteckenden Krankheit befallen wurde, mußte sie wieder fortgeschickt werden. Man brachte sie in einer alten Scheune unter, wo sie von dem kleinen Willie Tag und Nacht gepflegt wurde.

Abermals waren einige Tage verstrichen, als ich an einem schönen, doch kalten Nachmittag — dieser Schnee lag auf der Erde — mit Herrn Hume im Hofe stand und mir sein Lieblingspferd zeigen ließ, als der kleine Willie White eiligt in das Haus lief und im Zimmer der Verwalterin verschwand; nach kurzer Zeit kam er heraus, und ich bemerkte, daß er zwei Taschentücher in den Händen trug. Ich wollte mich nach dem Besinden seiner Mutter erkundigen, aber, indem er einen schauen und zugleich zornigen Blick Herrn Hume zuwarf, lief er eiligt davon. Zwei Tage darauf stand ich früh morgens am Fenster in meinem Schlafzimmer und betrachtete die mit Schnee beladenen Bäume und Felder, auf denen fühlbare Schneehäufen lagen, als ich plötzlich eine von einem Esel gezogene Karre auf der Landstraße, welche an dem Schloß vorbeiführte, herankommen sah. Ein Mann hielt das Thier am Zaum, ein dürrer geldeinter Knabe lief hinterher. Um besser sehen zu können, öffnete ich das Fenster und ach! jetzt erst erkannte ich den Willie White und bei näherer Betrachtung unterschied ich einen Sarg auf der Karre. — Es war ein unvergeßlicher Anblick. Noch heute nach so vielen Jahren fühle ich einen Stich im Herzen, wenn ich daran zurückdenke.

Ein grausamer Mord, an einem hochangesehenen Nachbar des Herrn Hume verübt, erregte damals großes Aufsehen. Ein Arbeiter, Namens James Seery wurde desselben beschuldigt und vor die Assisen gebracht.

James Seery, behauptete bis zuletzt seine Unschuld an dem Tode Baron Chapman. Als der Fall vor Gericht kommen sollte, erhielt Herr Hume, welcher einer der Geschworenen war, eine Warnung, er möchte sich hüten Seery zu verurtheilen.

An dem Morgen des Tages, als das Urtheil gesprochen werden sollte, fand man an der Höhle ein Papier befestigt, worauf eine Pistole und ein Sarg gemalt war, und darunter die Worte: "Charles Hume, nimm dich in Acht!" Darauf ist James Seery hingerichtet worden — ganz unschuldig, wie es sich Jahre später herausstellte — und das Jahr war noch nicht zu Ende, als Herr Hume durch die Schulter geschossen wurde, als er einmal aus der Stadt nach Hause fuhr.

Ireland ist ein herrliches Land. Die Nordküste zeigt sich wild und ro-

herrlich ähnlich seiner Bewohner Geschenke überreichen wollen, Herr Gion, hatte heute Vormittag Audienz bei dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe. Der Minister erklärte, es habe der Kaiser den Opernball abgelehnt, gegen die Überreichung von Geschenken seitens der Industriellen Wiens sei jedoch keine Emanation von höchster Stelle erfolgt. Es sei nun Sache der Industriellen, die Form zu finden, unter welcher die Überreichung der von den Industriellen Wiens gewidmeten Geschenke geschehen könne. In den nächsten Tagen werden weitere Besprechungen des Comites mit den Industriellen erfolgen. — Man schreibt dem „Innsbrucker Tageblatt“ aus Bozen, 17. December: Erlauben Sie mir einen kleinen Beitrag zu den Folgen der Sprachenzwangsvorordnung zu leisten: Heute hatte sich ein gewisser Ferdinand Dreyer vor dem Erkenntnisrat des hiesigen Kreisgerichtes wegen Verbrechens des Diebstahls zu verantworten. Es sollte unter Anderem auch die Aussage des Zeugen Schulz zur Verlesung gelangen. Doch wie erstaunte sowohl der Gerichtshof als die Parteien, als der Vorsitzende, L.-G.-N. Gsteu verklindete, er sei außer Stande, dieses Actenstück zu verlesen, weil dasselbe vom k. k. Landesgerichte zu Prag in tschechischer Sprache aufgenommen und ohne Übersetzung hierher gesendet worden sei! Das Erstaunen erhöhte sich aber noch, als constatirt wurde, daß der Zeuge Schulz das tschechische Protokoll mit deutschen Schriftzeichen unterfertigt hatte, und als der Angeklagte mit aller Bestimmtheit versicherte, der Zeuge Schulz sei ein Deutscher. — Der persische Gesandte in London, Malcolm Khan, wurde von Teheran aus benachrichtigt, daß der Schah die Absicht habe, da die in Österreich bestellten Waffen nun vollständig abgeliefert sind, seine Gesandtschaft in Wien, die jährlich 100,000 Francs kostet, wieder einzuziehen und in dieser Stadt nur einen Geschäftsträger oder einen General-Consul zu halten. Der bisherige Gesandte in Wien, Keriman Khan, wurde nun nach Teheran berufen, um den Entschluß des Schah entgegenzunehmen. Keriman Khan wurde übrigens gleich nach dem Sturze des Großvoivods Ulrich Hussein Khan nach Teheran geschieden, da er sich jedoch damals krank meldete, gestattete ihm der Schah, seine Abreise nach Wien noch zu verschieben.

— Der „Westungarische Grenzbot“ bringt eine Nachricht, die sich wohl kaum bewahrheiten dürfte. Er heißt nämlich mit, daß Baron Hirsch eine Million Gulden österr. W. und zwar 500,000 fl. für wohltätige Stiftungen in Ungarn und 500,000 fl. für wohltätige Zwecke in Österreich, gespendet haben soll.

Pest, 20. Decbr. [Tisza über die Judenfrage.] Ein Correspondent der Wiener „Allg. Zeitg.“ berichtet, daß ihn der Ministerpräsident Tisza empfangen und in längerer Unterredung fast alle wichtigen Landesfragen berührt habe. Im Laufe der Conversation bat der Correspondent den Ministerpräsidenten, ihm seine Ansicht über die Judenfrage in Ungarn mitzutheilen. Tisza antwortete: Ich kann mich bei der Beantwortung Ihrer Frage auf die Antwort beziehen, welche ich auf eine Interpellation im Abgeordnetenhaus ertheilt habe, die in erster Session eingekommen ist. Es gibt gar kein Motiv, das dazu berechtigen würde, die Ansicht auszusprechen, die ungarische Regierung oder die Regierungspartei sympathise mit den Anti-Semiten-Vereinen. Es wurde schon damals im Abgeordnetenhaus ausgesprochen, daß in Ungarn keine Gesellschaft von Seite der Regierung eine Genehmigung erhalten werde, falls sie zum Zwecke haben könnte, zwischen den verschiedenen Klassen, Nationalitäten und Confessionen Zwiespalt zu stiften, und auf diesem Standpunkt, wiederholte Koloman Tisza, steht die Regierung nach wie vor. Von diesem Gegenstande ausgehend, erwähnte ich der in neuester Zeit vielfach besprochenen confessionellen Frage bezüglich der Chen zwischen Juden und Christen. „In dieser Angelegenheit“, erwiderte der Minister, „wird wahrscheinlich noch im Laufe der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf eingekommen, welcher die obschwebenden Differenzen vollständig ausgleichen wird.“

Schweiz.

Zürich, 20. Decbr. [Nationalrat. — Wechselseitigkeit. — Ständerath. — Banknotengesetz. — Epidemie-Gesetz.] Bei Beratung des Obligationenrechts im Nationalrat walzte ein drittthalbstündiger Kampf über die Frage, ob die Wechselseitigkeit eine unbeschränkte oder bis zu einem gewissen Grade beschränkte sein soll. Der bündesrätliche Entwurf lautet: „Wechselseitigkeit ist jeder, welcher sich durch Verträge verpflichten kann.“ Der

nationalisch schön, während der südliche Theil der Insel — mit Recht die Smaragd-Insel genannt — wegen Lieblichkeit seiner Seen berühmt ist. Desto trauriger ist es, zu sehen, daß die Einwohner fast Alles, was zu einer glücklichen, gebliebenen Existenz beiträgt, entbehren, wenigstens die Landleute. Dieselben erhalten wenig oder gar keine Schulbildung; viele von ihnen können weder lesen noch schreiben. Außerdem sind sie bigott und nur dem Einfluß ihrer Priester zugänglich. Wahre christliche Liebe und Vernunft zeigt sich weder bei der Menge, noch bei denjenigen, welche sie beerrschen. Da muß der Ausblick in die Zukunft des Landes ein unglücklich trauriger bleiben.

Die Jagdscheine.

Bei einer der großen Jagden in den Forsten der Mark waren vom König Friedrich Wilhelm IV. auch die Herren Minister-Präsidenten von Manteuffel und General-Feldmarschall von Wrangel eingeladen. An dem Samstag des Waldes in Sichtweite von einander postiert, erwarteten sie das Anstreben. Bevor dies aber geschah, erschien plötzlich ein Gendarm, welcher auf den Minister-Präsidenten angestrengt kam und, nachdem er denselben höflich begrüßt hatte, also begann:

„Fürst ich bitten, mir Ihren Jagdschein zu zeigen!“

„Jagdschein?“ erwiderte die Exzellenz frappirt; sie war nämlich nicht im Besitz eines solchen, in Preußen zur Jagdausübung erforderlichen Papiers.

„Ich habe keinen.“

„Das ist schlimm“, entgegnete der Gendarm, indem er seine Brieftasche auseinanderschlug; „da darf ich wohl um Ihren Namen bitten?“

„Ich bin der Minister-Präsident von Manteuffel.“

Der Gendarm verbeugte sich, sah aber die Exzellenz doch etwas ungläubig an. „Ich habe nicht die Ehre, Exzellenz zu kennen, können Sie sich durch irgend ein Papier legitimieren?“

Exzellenz fing an, aber vergeblich, in allen Taschen zu suchen.

„Ich sehe soeben, daß ich keine Legitimation bei mir habe, aber wissen Sie, die unten an der Eiche steht ein Bekannter von mir, der wird mich recognosciren!“

Da wanderte nun Exzellenz mit dem Gendarm dorthin. Nachdem der Gendarm gegrüßt, beginnt die vorige Scene.

„Fürst ich um Ihren Jagdschein bitten, mein Herr?“

Vater Wrangel war bekanntlich ein sehr gemüthlicher Mann, aber etwas geradeau, und antwortete:

„Was fällt Ihnen denn ein? Ich habe keinen!“

Nun erschien wieder die rote Brieftasche, der Bleistift wurde naß gemacht, die Bügel über den Arm gehängt, und nun fing der Gendarm wieder an zu schreiben.

„Darf ich um Ihren Namen bitten?“

„Ich bin der General-Feldmarschall von Wrangel.“

Dem Gendarm zuckt es durch den Körper, und alsbald sah er in militärischer Postur. „Ich habe nicht die Ehre, Herr General-Feldmarschall, Sie von Person zu kennen, und meine Pflicht erfordert es, auch Sie um Ihre Legitimation zu bitten!“

„In des Teufels Namen! Gendarm, wenn ich sage, ich bin's, dann bin ich's! Haben Sie mir nicht verstanden? Warum kennen Sie mir nicht?“

„Exzellenz, ich hatte noch nicht die Ehre, ich muß deshalb auf meinem Verlangen bestehen und um Ihre Legitimation bitten!“

Ständerath hat die Einschränkung hinzugefügt, daß diejenigen Klassen des Volkes, welche nicht zu den Handelsleuten gehören und weder Collectiv- und Commandite, noch Aktiengesellschaften bilden, vor der prozessualischen Wechselstreng geschützt seien, so daß gegen diese Klassen nur das gewöhnliche Betreibungsverfahren anzuwenden wäre. Die Mehrheit der Commission stimmt dem Bundesrat, die Minorität dem Ständerath bei. Eine Reihe Redner führt aus, daß die unbeschränkte Wechselseitigkeit für den unerfahrenen und leichtsinnigen Theil des Volkes die grössten Gefahren herauftreiben und ein allgemeines Misstrauen gegen das Obligationenrecht entstehen und dieses die Gefahr der Verwerfung laufen würde, wenn es eine solche Bestimmung enthielte. Die Wechselstreng auf die ländliche Bevölkerung auszudehnen, sei vollends unmöglich. Andere Redner legen aber dar, daß die unbeschränkte Wechselseitigkeit heutzutage eine absolute Notwendigkeit sei, daß man sie auch in Deutschland nicht mehr habe zu Falle bringen können und daß die Gegenden, in welchen sie gelte, an allgemeinem Wohlstande nicht hinter denen mit beschränkter Wechselseitigkeit zurückstehen. In diesem Sinne stimmen 43 Mitglieder; 52 aber nehmen die ständeräthliche Fassung an. Sehr weitausgefasst gestaltete sich auch die Debatte über die Aktiengesellschaften. Trotzdem von der Commission angebrachten Milbungen blieben noch viele polizeiliche Plakaturen übrig. Daß der Entwurf so ausgesunken, sei begreiflich, denn der Bundesrat habe ihn von deutschen Professoren (Fick aus Kassel!) ausarbeiten lassen, welche nur die Nebenstände berücksichtigt hätten, wie sie in Deutschland durch die Aktiengesellschaften entstanden seien. In der Schweiz sei es aber mit diesen nie so schlimm gewesen (?) ic. Reichen Redenbrosch bieten die Artikel 646—7. Der Entwurf verlangt die Haftbarkeit der Aktienzeichner für den vollen Betrag. Für den Antrag der Commission, welche diese Bestimmung zu hart findet und 50 v. St. vorschlägt, stimmt die große Mehrheit. Kaiser meint, bei voller Haftbarkeit hätte man Gotthardbahn gegründet werden können und würde sich das schweizerische Capital nur noch bei ausländischen Unternehmungen befreien. Die Artikel über die Organe der Aktiengesellschaften veranlassen einen 1½-stündigen Redenbrosh. Kaiser nennt dies Capitel ein preußisches Exerzier-Reglement; da werde von Bern her comandiert, wie die Aktien-Gesellschaften sich zu constitutiren hätten. Bundesrat Anderwert erwidert, die Bestimmungen des Capitels stammten eher aus Solothurn, als aus Preußen; denn der Entwurf sei im wesentlichen den Vorschlägen des verstorbenen Professors Münzinger, eines Landmannes von Kaiser, gefolgt. Mit Zustimmung Anderwerts wird der Entwurf zur Vereinfachung an den Bundesrat zurückgewiesen. Bei Wiedererwähnung des Art. 733 wird beschlossen, daß jeder wechselseitig ist, wer überhaupt vertragsfähig ist, daß sich aber die prozessualische Wechselstreng nur gegen diejenigen richtet, welche ins Handelsregister eingetragen sind. In Folge dessen wird Art. 870 so gestaltet, daß Federmann das Recht hat, sich ins Handelsregister seines Wohnorts aufzunehmen zu lassen. — Der Ständerath hat das Banknotengesetz zur Ruhe gebracht. Die Artikel über das Verfahren bei Nichtentlösung der Noten und über das Erlöschen des Emissionsrechtes werden nicht beanstandet, eben so wenig die Strafbestimmungen und die Ordnungsbüßen. Den Emissionsbanken wird eine Controllgebühr gegenüber dem Bund von 1% der Emission und eine Aufbewahrungsgebühr gegenüber dem Kanton von 1% des Wechschriftendepots auferlegt. Sodann wird den Cantonen das Recht verliehen, von der Ausgabe von Banknoten eine Steuer zu erheben, jedoch nicht mehr als 1% des Umlaufs. Die im Entwurf vorbehaltene Errichtung einer Bundesbank ist von der Commission gestrichen. Die Bundesräthe Hammer und Welti bemühen sich vergebens, nachzuweisen, daß man einmal froh sein würde, eine Bundesbank zu besitzen, deren Noten auch im Ausland Cours hätten. Man erwidert ihnen, die Erwähnung einer Bundesbank würde dem ganzen Gesetz beim Volke schaden; sollte es zur Errichtung einer solchen kommen, so würde ja doch ein besonderes Gesetz dazu erforderlich sein. In der That wird sie mit 25 gegen 10 Stimmen gestrichen. Nach vieler Hin- und Herreden wird beschlossen, daß eine Notenbank ein Capital von wenigstens 200,000 Frs. (der Entwurf wollte

Dem Vater Wrangel wurde es warm — „Himmel Schwerenoth! lassen Sie mich in Ruhe mit Ihrem Legitimationschein, oder das — — im Lebigen haben Sie ja da einen Herrn mitgebracht, der mich legitimiren wird... Ach, lieber M...!“

Der liebe Manteuffel aber stand schon lange und freute sich unendlich, irg. des Jagdcivils, den Papa Wrangel in Harnisch gebracht zu sehen; er duckte mit den Achseln.

„Der Herr“, entgegnete der Gendarm, „wollte eben von Ihnen recognoscirt sein, Exzellenz!“

„Das ist doch aber eine ganz verlustreiche Geschichte! Was sollen wir denn nun machen, Gendarm, wenn Sie uns nicht glauben wollen! He!“

„Ja, mein Herr, ich muß Sie bitten, mir bis zum Dorte zu folgen, vielleicht wird der Herr Landrat —“

„I! daran denke ich gar nicht! — Nun, Manteuffel, Herr Staatsrat, nun raten Sie sich mal selbst!“

„Ja!“ erwiderte der Minister-Präsident, „da bleibt uns nur übrig, gute Miene zum bösen Spiele zu machen — dem Geseze Unterwerfung, wir müssen folgen!“

„Nein, ich werde mich hüten, wegen solcher Lappalise hier meinen Stand zu verlassen! Die Treiber können jeden Augenblick den Hirsch anbringen, und ich habe gewettet — ach, Manteuffel, wissen Sie was? — und er läuft, herzig lächend, dem Minister-Präsidenten ins Ohr. Dieser lächelte und nickte überzeugt.

„Hören Sie, Gendarm, wir werden müßigkommen, aber nach dort drüber, nach dem hohen Laubholz, da steht unser Jagdkamerad, fragen Sie doch den auch, dann können wir ja uns alle drei zusammen zum Herrn Landrat transporieren lassen, der wird sich gewiß freuen!“

Hinüber ging's nur zum Laubholz; voran rüstigen Schritte die beiden Exzellenzen, hinten nach hoch zu Noh der Gendarm

500,000) besitzen müsse; ein Antrag, mit Rücksicht auf Genossenschaften 100,000 festzusetzen, wird mit nur 19 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Weiter wird bestimmt, daß die Notenausgabe einer Bank nicht mehr als das Anderthalbfache ihres eingezahlten Capitals betragen dürfe. Endlich wird das ganze Gesetz mit 30 gegen 5 Stimmen angenommen. — Auch das Epidemiengegesetz wurde vom Ständerrat zu Ende geführt, unter Beseitigung vieler widerhaarter Anträge, welche die Anzeigepflicht der Kantone, die Absondierung der Kranken u. a. betrafen. Der Impfzwang, welcher bereits außer Uri, Glarus und Genf in allen Cantonen besteht, wird nicht weiter angefochten. Ehe abgestimmt wird, beantragen Cornaz u. a. Westschweizer Verwerfung des ganzen Gesetzes, weil es in die individuellen Rechte der Bürger eingreife und der Bund in Einzelheiten hinein regiere, welche Sache der Cantone und Gemeinden seien; letztere hätten noch immer ihre Pflichten erfüllt. Dr. Reali (Arzt) von Tessin tritt seinen föderalistischen Collegen energisch entgegen; es handle sich beim Epidemiengegesetz nicht um Politik, sondern um wichtige Fragen von allgemeinem Interesse. Die Cantone sten zu schwach, um die Ausbreitung der Seuchen zu verhindern; es sei nicht richtig, daß dieselben und die Gemeinden stets alle nötigen Maßregeln ergriffen hätten. Bundesrat Schenck will nicht viel auf die westschweizerischen Drohungen geben, daß das Volk ein Veto einlegen werde. Das ganze Gesetz (40 Artikel) geht dann mit 26 gegen 12 (fast lauter westschweizerische Stimmen) durch.

Balkan-Halbinsel.

[Ein Schreiben Petrarini's] Unter den beim Attentäter Petrarini gefundenen Schriften befindet sich eine mit der Aufschrift „Comite der Fünfzig“, die wie folgt lautet:

„Rumänen! Das Comite der Fünfzig verurtheilt den Premier-Minister Bratianu zum Tode. Das Schicksal hat mich dazu aussersehen, diese traurige Mission zu erfüllen. Ich vollführte sie, denn ein Tempel mußte statuirt werden, um das Land zu retten. Was wir wollen, enthält das Programm des geheimen Comites. Wir wollen uns opfern und selbst den Tod weichen, um das Ziel zu erreichen. Man möge mich nicht als Mörder qualifizieren, ich begehe die That mit Überzeugung, um Rumänen einen Dienst zu erweisen. Ich verzichte auf meine Frau und Kinder, auf meine Mutter und Geschwister, ich vergaß mich selbst, nur um unserer gemeinsamen Schwester einen Dienst zu erweisen. Ich verlange keine Gnade; ich habe meine Schuldigkeit als Rumäne. Man soll die ganze Strenge des Gesetzes gegen mich anwenden. Indem ich mich von der Gesellschaft loslasse, möge es mir gegönnt sein, die letzten Worte an meine Frau und Kinder zu adreszieren. Beweine mich nicht, mein heures Weib. Das Opfer eines Mannes hat oft das Wohl einer Nation im Gefolge. Heute sind alle Hoffnungen verloren. Courage! Courage! Trachte nicht, mich zu sehen, denn Deine Gegenwart würde mir den Mut berechnen, den ich jetzt so dringend benötige. Segne meine Kinder! Und Ihr, meine Kinder, achet die Mutter, beföhl' ihre Leb'n, habt Vertrauen zu Gott. Erinnert Euch, daß ich zwar ein schlechter Vater, aber ein guter Rumäne war. Seid gesegnet, Gott schütze Euch! Petrarini.“

Provinzial-Beitung.

— d. Breslau, 23. Decbr. [Die biesige königliche Gewerbeschule] ist in Folge des Ende September c. nach dem neuen Reglement abgehaltenen ersten Abiturienten-Examens laut Verfaltung des Herrn Cultus-ministers als Realsschule ohne Latein mit 9jährigem Lehr-Curssus anerkannt worden. Es sind ihr dadurch die diesen Schulen zustehenden Berechtigungen zuertheilt.

— r. [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 12ten bis 18. December wurden 20 Chm (in der Vorwoche 33) geschlossen. Geboren wurden 185 Kinder (92 Knaben und 93 Mädchen), darunter 13 Todtgeborene. Die Zahl der Gestorbenen (excl. Todgeborenen) betrug 124 (60 männliche und 64 weibliche). Der Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle betrug mithin 61, in der vorherigen Woche 44. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 47, von 1—5 Jahren 20, von 5—15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 7, von 30—40 Jahren 12, von 40—60 Jahren 20, von 60—80 Jahren 10, über 80 Jahren 3. Die Todesursachen waren: Scharlach 2, Unterleibstypus 3, Darm- und Magendarmatarrh 9, Brechdurstfall 3, Rose 1, Gehirnenschlag 7, Krämpfe 11, andere Krankheiten des Gehirns 9, Bräune 1, Lungenentzündung 9, Lungen- und Luftröhrentzündung 6, andere acute Krankheiten der Atmungsorgane 1, andere Krankheiten der Atmungsorgane 20, alle übrigen Krankheiten 42. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 276,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 32,41, Gestorbene (excl. Todgeborene) 23,36.

— r. [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 12ten bis 18. Decbr. betrug die mittlere Temperatur 1,7, die höchste 6,7, die niedrigste — 1,8° C.; die Höhe der Niederschläge 10,07 mm.

— [Personalnachrichten.] Ernannt: Der bisherige Kassirer-Assistent Schwarloos zum Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter; der bisherige Kassen-Assistent Schuster zum Kassirer-Assistenten bei der Königl. Regierungs-Hauptkasse; der frühere Gerichts-Aktuar Lasch zum Kassen-Assistenten bei der Königlichen Regierungs-Hauptkasse. — Bestätigt: Die Wiederwahl des Guisbechers und Landesältesten Lüde aus Schleißwitz zum Reichshauptmann des Domhofs-Klein-Pauschwerdes und des Mittergutbesitzers und Amtsverwalters von Engelmann auf Przybor zum Stellvertreter derselben auf die Dauer von 6 Jahren; die Wiederwahl des Maurermeisters Niemann zum unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Silberberg auf die gesetzliche Dienstzeit von 6 Jahren. — Bestätigt die Vocation: für den Lehrer und Organisten Banile zum Lehrer und Organisten an der evang. Schule und Kirche zu Briesen, Kreis Brieg. — Ernannt: der commissarische königliche Kreis-Schul-Inspector Trieschmann in Waldenburg definitiv als solcher.

Ernannt: der Steuererheber Schulz in Fürstenstein und der Kaufmann Pfeiffer in Eisersdorf zu Postagenten. — Versetzt: die Postsekretärin Dierbach von Straßburg i. C. nach Breslau und Novotz vom Postamt in Frankenstein zur Zweigstelle des Bahnpostamts Nr. 30 in Frankenstein.

L. Siegnitz, 21. Decbr. [Communales.] Die reiche Tagesordnung zur gestrigen Sitzung der Stadtoberordneten-Versammlung enthielt auch mehrere sehr wichtige Angelegenheiten, welche ein zahlreiches Auditorium angelockt hatten. Zu diesen Vorlagen gehörte der Magistratsantrag auf Genehmigung des Baues eines Volksschulgebäudes in der Hedwigstraße nach den auf den Tisch des Hauses ausgelegten Plänen, welche von der Versammlung ertheilt wurde. Das Schulhaus wird im Rohbau hergestellt; 39 Klassenzimmer für 2500 Kinder enthalten und mit der inneren Einrichtung 220,000 Mark kosten erforderlich. In Verbindung mit diesem Schulhause ist der Bau einer Turnhalle projiziert. Nach den ausgelegten Zeichnungen wird sie für 75 Turner Raum gewähren und 1000 Mann zu fassen im Stande sein. Die Kosten des Baues sind auf 25,000 Mark veranschlagt. Der Magistrat hatte beantragt, auch den Getreidehandel dahin zu verlegen, da jedoch sich diese Stimmen gegen dieses Projec äußerten, teilweise wegen der Entfernung vom Mittelpunkte der Stadt, welche 400 Meter beträgt, teilweise aber auch, weil die Unterbringung des Getreidemarktes in einem geschlossenen Raum sich überhaupt nicht empfiehlt. Die Stadtoberordneten-Versammlung beschloß nach langen Debatten den Bau einer Halle nach Vorlage, deren Bestimmung sich aber vorbehaltend. Die Angelegenheit, in welcher die Interessen in ihren Ansichten ebenfalls auseinander gehen, wird also die städtischen Behörden nochmals beschäftigen. — Von nicht minderer Bedeutung war die Vorlage betreffs Weiterführung der Hedwigstraße und der Kanalisation des äußeren Stadtgrabens bis zur neuen Glogauerstraße, welche mit einem Kostenaufwande von 109,000 M. zu dem die beiden Eisenbahnverwaltungen 40,000 M. Beitrag zahlen, bewilligt wurde. Die neue Straße führt durch den Bauplatz des Herrn Zimmermeister Leuber über beide Bahnen und wird vornehmlich den Wagenverkehr an dem Bahnhofsgang der Glogauerstraße entlasten. — Herr Hauptlehrer Röhr an der Carthaussschule wurde unter entsprechender Gehaltserhöhung zum Rector dieser Schule ernannt. — Nachdem die Versammlung über vier Stunden getagt, wurden die weiteren Vorlagen vertragt.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.
— [Zur Frage der Haftspflicht.] In einem Specialfalle, welcher unterm

10. Juli d. J. zu Gunsten des Beschädigten entschieden worden ist, hat sich das Reichsgericht eingehend mit der Frage beschäftigt, inwieweit die mit dem Eisenbahnbetriebe nur unmittelbar im Zusammenhange stehenden Dienstverrichtungen, insbesondere die Bedienung der Signalvorrichtungen, unter die erhöhte Haftpflicht des Unternehmers (§ 1 des Reichs-Haftpflicht-Gesetzes vom Jahre 1871) fallen, und dabei im Allgemeinen ausgetroffen, daß derartige Dienstverrichtungen allerdings als Eisenbahnbetriebs-Ausführungs-handlungen zu gelten haben, wenn sie unter den eigenthümlichen Gefahren des Eisenbahnbetriebes zur Ausführung gelangen und die Verlehung bei denselben, wenn auch nur durch Vermittelung physischer Vorgänge, als durch die besonderen Gefahren des Eisenbahnbetriebes verurtheilt erscheint. Beispieldeweise ist die Verlehung des Signalbeamten bei der Bedienung einer Signalvorrichtung, um einen herankommenden Zug in Kenntniß zu setzen, ob er stillhalten soll oder weiterfahren kann, als Verlehung beim Eisenbahnbetriebe zu betrachten, da durch den herankommenden Zug Eile der Bedienung unter Hintertreibung der eigenen Sicherheit geboten erscheint. Dagegen ist die Verlehung bei der Bedienung der Signalvorrichtung nach dem Durchpassiren des Zuges, wobei Eile nicht geboten erscheint, nicht als Verlehung beim Eisenbahnbetriebe aufzufassen und es findet demnach hierbei § 1 des Haftpflichtgesetzes keine Anwendung. Der dem Erkenntniß zu Grunde liegende Fall ist folgender: Einem Bahnwärter, welchen kurz vor einer Station die Bedienung der Signalvorrichtungen oblieg, wurde an einem Abende von der Station aus die Ertheilung des Einfahrtssignals für einen ankommenden Zug aufgegeben. Als der Bahnwärter dieser Dienstpflicht sofort nachstammt, stürzte, während er eilig die Erleuchtungslaterne in die Höhe zog, die am Signalmast angebrachte eiserne Signalbrille herunter und beschädigte den Bahnwärter derart, daß er gänzlich dienst- und arbeitsunfähig wurde. Der Verlehung sprach die Eisenbahn-Verwaltung für die Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit eine Rente in der Höhe des bezogenen Gehalts, worauf die Eisenbahn-Verwaltung nicht einging. Der demnächst vom Verlehen gerichtlich geltend gemachte, auf § 1 des Haftpflichtgesetzes basirte Anspruch wurde vom Reichsgericht nur begründet erachtet, indem es folgende Gründe dafür angab: „Der Kläger hatte das Einfahrtssignal einem ankommenden Zuge zu geben, als es schon dunkelte. Im Dunkeln können Unfälle bei dem Eisenbahnbetriebe durch Stehenbleiben eines Zuges viel leichter eintreten, als bei hellem Tage, weil die Beamten eines nachfolgenden Zuges den stehenbleibenden Zug schwerer sehen können. Ein ankommender Zug muß stillstehen, wenn ihm das Einfahrtssignal nicht gegeben wird. Der Kläger mußte daher, als pflichtgetreuer Beamter, sich beidern beeilen, das Einfahrtssignal zu geben. Die Ertheilung dieses Signals complicirt sich, weil zur Wirksamkeit desselben die Beleuchtung nötig war. Umso mehr war Eile geboten. Bei einem eiligen Ziehen wird die Kraft des ziehenden in höherem Grade angestrengt. Durch den größeren Kraftaufwand bei dem eiligen Ziehen wird die schwankende Signalstange mehr erschüttert und die urssliche Kraft für das Herabfallen der an der Stange befindlichen Signalbrille gesteigert, während die pflichtmäßige Eile bei dem Heraufziehen der Laterne, welche mit der Signalbrille nicht in unmittelbarem Zusammenhang stand, den ziehenden behindern mußte, das Schwanken der sich lösenden Signalbrille zu bemerkten.“

— [Competenz in Communalsteuer-Angelegenheiten.] Nach einem Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung des Competenzconflicte ist über die Unrichtigkeit einer veranlagten und schon bezahlten Communalsteuer der Rechtsweg ausgeschlossen. In den Erkenntnißgründen ist darauf hingewiesen, daß nach § 78 Th. II Lit. 14 A. L. R. und nach den hiermit übereinstimmenden §§ 35—37 der Verordnung vom 26. December 1808 die Verbindlichkeit zur Entrichtung allgemeiner Anlagen, denen sämtliche Einwohner des Staates oder alle Mitglieder einer gewissen Klasse derselben nach der bestehenden Landesverfassung unterworfen sind, vom Rechtswege ausgeschlossen sei, und daß diese Vorschriften nicht allein auf das dem Staate bewohnende, sondern auch auf das den Städten durch die Städteordnungen delegierte Besteuerungsrecht Anwendung läden. Ausnahmsweise sei der Rechtsweg nach § 79 Th. II Lit. 14 A. L. R. und hiermit übereinstimmend in § 37 der vorerwähnten Verordnung zugelassen, wennemand aus besonderen Gründen die Befreiung von einer solchen Abgabe in Anspruch nimmt oder behauptet, daß er in der Bestimmung seines Anteils über die Gebühr belastet sei. Dieser Fall sei hier nicht in Frage, und für jeden Fall gelten als besondere Gründe nach §§ 4—8 Th. II Lit. 14 A. L. R. nur Privilegium, Vertrag und Verjährung. Der Kläger stütze seine Befreiung indessen nur auf die Bestimmungen der Städteordnung, also nicht auf einen speziellen Rechtsstil, sondern auf eine gesetzliche Vorschrift, welche auf alle Einwohner, die Einnahmen aus Grundvermögen außerhalb des Communalverbands beziehen, gleichmäßig zur Anwendung zu bringen sei. Gegen eine solche Veranlagung sei aber nur der Recurs an die vorgesetzte Verwaltungskommission, niemals der Rechtsweg zulässig. Der Ausführung des Klägers, daß der Rechtsweg deshalb zulässig sei, weil der Anspruch auf Grund einer condicione indebiti verfolgt werde, könne nicht beigeschafft werden, weil dieser Rechtsgrund niemals einen selbständigen Befreiungsgrund ergebe, vielmehr die Unrichtigkeit der veranlagten und bezahlten Steuer zur Grundsage nehme, worüber der Rechtsweg überhaupt nicht zu zulassen sei.

— [Bei der zwangswise Enteignung von Gebäuden.] sei es auf Grund des Expropriationsgesetzes vom Jahre 1874 oder auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1875, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften, welches speziell die Enteignung von Grundstücken für Straßenanlagen und Veränderungen von Straßenflächen behandelt, dann nach einem vom Reichsgericht unter dem 24. Juni d. J. ergangenen Erkenntniß der Eigentümer des zu expropriirenden Gebäudeteiles verlangen, daß jedenfalls das ganze Gebäude, nebst dem Areal, auf welchem es steht, gegen Entschädigung übernommen werde, selbst wenn ein Theil dieses Areals im Zusammenhang mit dem nicht bebaut gemessenen Areal des Grundstücks ferner von dem Eigentümer zweckmäßig benutzt werden könnte.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 22. Decbr. Meldung der „Pol. Corresp.“ aus Belgrad:

Die serbische Regierung hat beschlossen, in Berlin und Rom Gesandtschaften zu errichten.

Sofia, 22. Decbr. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung beantwortete der Conseils-Präsident Karaveloff eine Intervention, betreffend die Eisenbahnen, dahin, daß die Regierung mit der Prüfung der Eisenbahnfrage beschäftigt sei, und zwar von dem Gesichtspunkte eines allgemeinen bulgarischen Eisenbahnnetzes aus, welches die Linien Russisch-Tschauder, Sofia-Tschauder, Sofia-Widdin, Sofia-Balarell und Sofia-Lustende umfaßte. Die Versammlung nahm darauf eine Resolution an, durch welche die Regierung bevoollmächtigt wird, die Erhebungen zum Bau einer Eisenbahnlinie, welche das europäische Eisenbahnnetz mit dem orientalischen verbindet und den Bedürfnissen Bulgariens entspricht, fortzusetzen und erforderlichenfalls beußt Lösung der Eisenbahnfrage die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Session einzuberufen.

Rom, 22. Dec. Die Kammer beendigte Budgetdebatte und nahm ohne Debatte die Verlängerung der Handels- und Schiffahrtsverträge mit Belgien, Frankreich, Deutschland, England und der Schweiz an, und genehmigte ebenso die Handels-Schiffahrts-Convention mit Rumänien. Hierauf erfolgte die Vertagung der Kammer bis 24. Februar.

London, 22. Decbr. Die Landliga in Barby (Irland) erließ Befehle, um Barrett und Godfrey, zwei Beamte auf dem Gute des Oberkammerherrn Lord Kenmare, einzuschüchtern. Mehrere Pächter und Diener Barrett's erhielten Befehle, Barrett zu verlassen, den Kaufleuten wurde verboten, ihm etwas zu verkaufen.

Köln, 22. Dec. Die englische Post vom 21. December früh, planmäßig in Verbiers um 8 Uhr 21 Min. Abends, ist ausgeblieben. Grund: Verzögerte Abfahrt des Zuges von Ostende.

Braunschweig, 22. Decbr. Die Oder ist noch gestiegen; die Strecke Bremm-Bienenburg ist zum größten Theile unter Wasser. Der Verleug nach Bienenburg muß über Seesen stattfinden. (R. B.)

Telegraphische Course und Börse-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 22. Decr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Söhlus-Course.) Londoner Wechsel 20, 385. Pariser Wechsel 50, 57. Wiener Wechsel 171, 50. Köln-Mindener Stamm-Aktion 148%. Rheinische Stammaktion 159%. Hessische Ludwigsbahn 95%. Köln-Mind. Prämien-Aktion 129%. Reichsanleihe 100%. Reichsbank 147%. Darmstädter Bank 153%

Meininger Bank 96%. Destr.-Ungarische Bank 700, 50. Creditaction 246%. Silberrente 62%. Papierrente 62%. Goldrente 75%. Ungarische Goldrente 94%. 1860er Loos 122%. 1864er Loos 307, 00. Ungarische Staatsloose 212, 50. Ungar. Östbahn-Obligation 11. 85. Böhmisches Westbahn 215. Elisabethbahn 173%. Nordwestbahn 162%. Galizien 239%. Franzosen 238%. Lombarden 82%. Italiener —. 1877er Russen 92%. 1880er Russen 71%. II. Orientanleihe 57%. Central-Pacific 112%. Vorbringer Eisenwerke —. Privat-Discont — v.G. Geschäftslas.

Nach Schlub der Börse: Creditaction 246%. Franzosen 238%. Galizier —. Lombarden —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. Destr.-Ungar. Bank —.

* ver medio resp. der ultimo.

Hamburg, 22. Decr. Nachmittags. (Söhlus-Course.) Preuß. 4proc. Consols 99%. Hamburg St. Pet. A. 123%. Silberrente 62%. Destr. Goldrente 75%. Ungar. Goldrente 94%. Credit-Action 247. 1860er Loos 123%. Franzosen 59%. Lombarden 26. Italien. Rente 86%. 1877er Russen 92%. II. Orient-Alal. 55%. Vereinsbank 119%. Laurabütt 118%. Norde. 166%. Commerzbank 122%. Anglo-deutsche 76%. 5% Amerikanische 94%. Rhein-Eisenbahn 159%. do. junge 152%. Berg-Märk. do. 116. Berlin-Hamburg do. 234%. Altona-Biel. do. 159%. Discont 3% %. Sehr fest.

Hamburg, 22. Decr. Nachmitt. (Getreidemarkt.) Weizen Iscomatt, auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per December 205 Br., 204 Gd., vr. April-Mai 211 Br., 210 Gd. Roggen vr. December 195 Br., 194 Gd., vr. April-Mai 191 Br., 190 Gd. Hafer ruhig. Gerste matt. Rübel still, loco 55%, vr. Mai 55%. Spuritus ruhig, per December 47% Br., per Januar-Februar 47% Br., per Februar 8. März 47% Br., per April-Mai 47% Br. Kaffee fest. Umsatz 3000 Sac. Petroleum ruhig. Standard white loco 9, 00 Br., 8. 85 Gd., vr. December 8. 50 Gd., vr. Januar-März 9, 20 Gd. Butter: Schön.

Liverpool, 22. Decbr. Bormittags. (Baumwolle.) (Anfangsbericht.) Baumwollischer Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagessimport 20,000 Ballen, davon 17,000 P. amerikanische. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 1/4 D.

Liverpool, 22. Decbr. Nachmittags. (Baumwolle.) (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 1/4 D.

Pek. 22. Decbr. Borm. 11 Uhr. (Producenmarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine ermattend. vr. Frühjahr 11, 56 Gd., 11, 60 Gd. Herbst —. Hafer per Frühjahr 6, 25 Gd., 6, 30 Br. — Mais per Mai-Juni 6, 00 Gd., 6, 05 Br. — Kohlraps —. Butter: Schön.

Paris, 22. Decbr. Bormittags. (Producenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per December 28, 30, vr. Januar 28, 00, vr. Januar-April 27, 90, per März-Juni 27, 80. Roggen weichend, per December 21, 75, per März-Juni 22, 60. Weiß fest, per December 62, 30, per Januar 61, 00, per Januar-April 60, 25, per März-Juni 59, 25. Rübel fest, per December 73, 00, per Januar 73, 50, per Januar-April 74, 75, per Mai-August 75, 50. Spuritus matt, per December 61, 5

Berliner Börse vom 22. December 1880.

Fonds- und Ge'course.

Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs	100,10 bz
Consolidirte A ^r .	104,99 bzB
do. Reihe	100,29 bz
Staats ^r	100,00 G
Pr. Anleihe v. 1855	98,50 bz
Pr. Stadt-Oblig.	103,30 bz
Berliner	103,00 bzG
Pommersche	89,90 bz
do.	99,25 bz
do.	102,20 bz
Posenische neue	99,40 B
Schlesische	91,80 G
Ledenschaft-Central	99,20 bzB
Kur.-Neumärk.	99,90 bz
Pommersche	99,90 bz
Posenische	99,90 bz
Preussische	99,80 bz
Westfäl. u. Eha.	100,00 B
Sächsische	100,00 B
Badische Präm.-Anl.	135,00 bz
Bayerische Präm.-Anl.	136,00 bzG
do. Anl. v. 1875	99,90 bz
Cöln-Mind. Prämiesche	129,25 bzG
Sächs. Rente v. 1876	78,01 bzB

Hypothen-Certificate.

Course.	
Ducaten 9,62 bzB	Dollar —
Sover. 20 33 G	Oest. Bkn. 171,85 bz
Napoleon 16,165 B	do. Silbergd. 172,00
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 206,75 bz

Ausländische Fonds.

Course.	
Oest. Silber-R. 1 ^r , 1 ^s , 1 ^t , 4 ^v /5	63,00 bz
do. 1 ^r , 1 ^s , 1 ^t , 4 ^v /10	63,10 bz
do. Goldrente	75,00 bz
do. Papierrente	62,60 B
54 ^r Präm.-Anl.	4
do. Lott.-Anl. v. 60	122,75 B
do. Credit-Loose	334,00 B
do. 64 ^r Loose	307,25 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	144,00 bz
do. do. 1866	141,00 bzG
Orient Anl. v. 177	58,50 G
do. II. do. v. 1878	67,60 bz
do. III. do. v. 1879	58,20 bzB
do. Engl. v. 1871	58,60-70 bz
do. v. 1872	58,60-70 bz
do. Ariele v. 1877	52,75 bz
do. do. 1886	71,40-50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	81,10-20 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	78,80 bz
Russ. Poln.-Schatz-Obl.	81,70 G
Poin. Pfdbr. III. Em.	63,20 bz
Poin. Liquid.-Pfdbr.	4
Amerik. Rückz. p. 1881	91,70-99,00 G
do. 5 ^r Anleihe	99,60 etbzG
Ital. 5 ^r Anleihe	86,00 etbzG
Raab-Grazer 100 ^r Thir.L.	91,60 bz
Ruman. Staats-Anleihe	91,40 bz
Roman. Staats-Obligat.	12,25 ctbzG
Türkische Anleihe	94,40 ctbzG
Ungar. Goldrente	91,00 B
Loose (G.P. St.)	213,00 B
Ung. 50 ^r Els.-Anleihe	89,60 bz
Finnische 10 Thkr.-Loose	50,10 B
Kronen-Loose	30,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Course.	
Berg.Märk. Serie II.	102,23 G
do. III.V. St. 3 ^r /4 ^s	90,75 bzG
do. do. VI.	103,80 B
do. Hess. Nordbahn	102,23 bzG
do. Berlin-Görlitz conv.	102,23 G
do. do. Lit. B.	101,10 G
Bresl.-Feld. Lit.D.E.F.	101,90 bzG
do. G. 4 ^r	101,90 bzG
do. do. H. 4 ^r	101,90 bzG
do. J. 4 ^r	101,90 bzG
do. K. 4 ^r	102,23 bz
do. von 1875	105,20 G
Breslau-Warschauer	5,102,50 B
Cöln-Mind. III. Lit. A.	99,50 G
do. Lit. B.	101,90 G
do. V. 4 ^r	99,60 bz
do. V. 4 ^r	99,50 bzB
Halle-Sorau-Guben	102,90 bz
Märkisch-Posen	102,90 G
Niederschles.	99,90 B
do. do. H.	99,90 G
do. Obl. I.I.	99,90 G
do. Obl. III.	99,90 B
Oberschles. A.	—
do. B.	34 ^r
do. C.	99,20 G
do. D.	99,50 G
do. E.	91,50 B
do. F.	—
do. G.	102,50 B
do. H.	102,75 bz
do. von 1873	99,25 bzB
do. von 1874	102,23 G
do. von 1879	103,90 G
do. von 1880	103,00 G
do. Brieg-Neise	101,30 G
do. Cossel-Oder	5
do. Stargard-Posen	—
do. II. Em.	102,50 B
do. III. Em.	102,50 B
do. Niedr. Zwgb.	3 ^r
Ostpreuss. Südbahn	101,75 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	103,00 B
do. Schlesw. Eisenbahn	102,30 G
Charkow-Asw. gar.	5,95,75 B
do. do. in Pfd. Sterl.	58,80 B
Charkow-Kremen. gar.	5,93,90 bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	58,80 B
Rjass.-Koslow gar.	5,101,10 B
Dux-Bodenbach	58,40 bzG
do. II. Emission	58,20 bzG
Prag-Dux	48,50 B
Gal. Carl-Ludw.-Rahn	58,25 bzG
do. do. neue	58,60 G
Kaschau-Oderberg	5,76,75 bzG
gold. Prior.	90,50 bzG
Ung. Nordostbahn	72,10 bz
Ung. Ostbahn	5,71,10 bzG
Lemberg-Czernowitz	78,50 G
do. do. II.	82,75 bzG
do. do. III.	78,50 G
do. do. IV.	77,10 bzG
Mährisch-Grenzsch.	66,75 G
Mähr. Scht. Centralbahn	39,30 G
Kronpr. Rudolz.-Bahn	82,10 G
Oesterl.-Französische	37,75 G
do. do. II.	36,60 G
do. südl. Staatsbahn	27,20 G
do. neue	27,60 bzG
do. Obligationen	95,50 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	99,70 etbzG
do. III.	102,75 etbzG
do. IV.	101,75 G
do. V.	101,00 B
do. VI.	100,90 bzB

Bank-Papiere.

Course.	
Allg. Deut. Hand.-G.	4 1/4 79,75 bzG
St. Kassen-Vor.	5/10 80/10 170,25 G
Berl. Handels-Ges.	5 102,50 bzG
Pr. Pr. Hd. B. B.	4 1/4 78,50 G
Braunschweig. Bank	4 1/2 90,50 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	3 1/2 97,00 bzB
Bresl. Wechslerbank	5/2 122,60 bzG
do. Lit. C.	5 101,25 G
Marienb.-Miaua	5 88,50 bz
Ostr. Südbahn	5 90,75 bz
Posen-Kreuzbahn	29/4 102,75 bzB
Roth.-O. U. B.	7 153,20 bzB
Roth.-U. B. (49 ^r)	4 177,90 bz
Warschau-Wien	9,165 112,40 bz
Weimar-Gera	4 1/2 41/2 50,30 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Course.	
Berlin-Dresden	0 0 5 54,50 bzB
Berl. Görlitz	1 31/2 81,00 bzG
Breslau-Warschau	0 5 37,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0 31/2 59,10 bzG
Kohlfurt-Jäkelk.	0 5 44,10 bzB
Märkisch-Posen	5 5 101,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	4 1/2 55,75 bz
do. Lit. C.	5 101,25 G
Marienb.-Miaua	5 88,50 bz
Ostr. Südbahn	5 90,75 bz
Posen-Kreuzbahn	29/4 102,75 bzB
Roth.-U. B.	7 153,20 bzB
Roth.-U. B. (49 ^r)	4 177,90 bz
Stettin	0 0 5 49,80 bz
Weimar-Gera	0 0 5 49,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Course.	
Allg. Deut. Hand.-G.	4 1/4 79,75 bzG
St. Kassen-Vor.	5/10 80/10 170,25 G
Berl. Handels-Ges.	5 102,50 bzG
Pr. Pr. Hd. B. B.	4 1/4 78,50 G
Braunschweig. Bank	4 1/2 90,50 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	3 1/2 97,00 bzB
Bresl. Wechslerbank	5/2 122,60 bzG
do. Lit. C.	5 101,25 G
Marienb.-Miaua	5 88,50 bz
Ostr. Südbahn	5 90,75 bz
Posen-Kreuzbahn	29/4 102,75 bzB
Roth.-U. B.	7 153,20 bzB
Roth.-U. B. (49 ^r)	4 177,90 bz
Stettin	0 0 5 49,80 bz
Weimar-Gera	0 0 5 49,75 bz

Bank-Discount 4 pct.

Course.	

<tbl_r cells="2" ix="2" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="2